

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:  
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-  
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-  
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-  
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich  
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

19. Juni 1968 - 49 / II  
Einzelpreis DM 0.75

## GEGENMASSNAHMEN: USA WARNEN VOR ESKALATION

Andeutungen in Ostberlin lassen darauf schließen, daß zumindest die USA, eventuell auch Großbritannien und Frankreich, von der Sowjetunion über die bevorstehenden Maßnahmen der DDR auf dem Gebiet des Paßwesens informiert worden sind. Die UdSSR und die USA hätten sich dabei darauf verständigt, eine "Eskalation in Berlin" nicht zuzulassen. Die Sowjetunion hat klargemacht, daß die Rechte der Westalliierten nicht beeinträchtigt werden. Man hält es, in vorsichtigen Wendungen informierter DDR-Kreise, nicht für ausgeschlossen, daß dabei sowjetischerseits auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, daß man sich in absehbarer Zeit aus der Alliierten Flugsicherungsbehörde zurückziehen könnte. Die DDR hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, den freiwerdenden Platz der Sowjets einzunehmen: Kurz vor der Verabschiedung der neuen Paß- und Sichtvermerksbestimmungen wurde - im Westen weitgehend unbemerkt - die Bildung einer Staatlichen Luftfahrtinspektion bekanntgegeben, die "alle Kontrollaufgaben auf dem Gebiet der zivilen Luftfahrt in der DDR übernehmen wird".

Die Rechtsextremisten in der Regierungskoalition haben mehrfach versuchsweise die westdeutsche Unterschrift unter den Atomsperrvertrag als Druckmittel auf die Amerikaner auszuspielen versucht. Innerhalb der Regierung scheint aber keine Neigung zu bestehen, ein solches Druckmittel gegen die Amerikaner anzuwenden, um ihnen "Gegenmaßnahmen" zu entlocken. In der Regierung setzte sich die Meinung durch, daß die "neue Ostpolitik" Bonns vollends unglauwürdig würde, vor allem bei den neutralen Ländern, an deren Adresse die "neue Ostpolitik" ja nicht zuletzt gerichtet ist.

## BADEN-WÜRTTEMBERG: "EINE FÜRCHTERLICHE SACHE"

Der Beschluß der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg, entgegen dem Votum des Landesparteitages eine Große Koalition mit der CDU einzugehen, hat in der SPD-Bürokratie nachträgliches Erschrecken ausgelöst. "Eine fürchterliche Sache", wird in der SPD-Vorstandsbaracke geseufzt. Hintergrund: Zwar befürwortet man dort die Große Koalition, befürchtet aber, die Art und Weise, wie der Beschluß zustande kam, könnte künftig nicht nur rechte - wie in diesem Fall - sondern auch linke Gruppierungen beflügeln, Parteitagsbeschlüsse einfach vom Tisch zu wischen. Die Einführung des "Berliner Modells", nach dem Parteigremien die Linie der Partei endgültig und gegen Abweichungen festlegen, wird dadurch im Bundesgebiet als gefährdet angesehen. - Die Fraktion hatte den Koalitionseintritt beschlossen, ohne den Landesvorstand zu fragen. Kommentar im PV: "Der Landesvorstand hätte doch ja gesagt - und auch ein neuer Parteitag hätte unter dem Schock der Kommentare von Zeitungen und Rundfunk den alten Beschluß umgeworfen." In der Baracke wurde die Weisung ausgegeben, die baden-württembergische Fraktionsentscheidung "trotz der staatspolitischen Bedeutung nicht hochzuspielen". Offenbar, um den Parteilinken nicht Anregungen zu vermitteln.

## BUNDESREGIERUNG: JAHN MINISTER - EHMKE RAUS ?

Die Entscheidung über die Nachfolge des Entwicklungsministers Wischnewski, der für die SPD-Bundesgeschäftsführer werden soll, ist intern bereits gefallen. Brandt-Staatssekretär Jahn hat den Vorzug gegenüber dem Münchner Abgeordneten Kahn-Ackermann erhalten. Jahn gilt als Rechtsaußen; er war einer der eifrigsten Befürworter der Großen Koalition und der Notstandsgesetzgebung. In diesem Zusammenhang war an ein "gewisses Revirement" innerhalb der Regierung gedacht, der der neuerdings mißliebige Staatssekretär Ehmke zum Opfer fallen sollte. Ehmke hatte sich scharf gegen eine Wiederbelebung der Großen Koalition in Baden-Württemberg ausgesprochen. Er scheint sich aber inzwischen entschlossen zu haben, nicht zu weichen.

## ANTI-INFAS IN WESTBERLIN: "TREND" FÜR DIE GENOSSEN

Ohne Publicity hat in Westberlin ein neues SPD-Institut zu arbeiten begonnen. Es nennt sich "Trend" und steht unter der Leitung von Leo Bauer, Ex-Stern-Redakteur, Ex-Chefredakteur des Deutschlandsenders. Bauer sollte ursprünglich - wie von EXTRA-Dienst gemeldet - den SPD-Werbeapparat in Bonn aufmöbeln und zu diesem Zweck zusammen mit dem Chef der SPD-Boulevardzeitung "Hamburger Morgenpost", Heinrich Braune, den Informationsdirektor in der Baracke, Wesemann, ablösen. Für Wesemann wurde aber kein neuer Job gefunden; vorläufig soll dort daher alles beim alten bleiben. Das "Trend-Institut" soll die Arbeiten des ursprünglich SPD-nahen "Instituts für angewandte Sozialwissenschaft" (infas) in Bad Godesberg ersetzen; infas-Chef Klaus Liepelt hatte sich mit den SPD-Spitzen, vor allem mit Wehner, überworfen, weil er sich weigerte, Meinungsumfragen so zu manipulieren, daß sie ins SPD-Führungs-Konzept paßten. Liepelts Untersuchungen zum Mehrheitswahlrecht hatten die Abstimmungen beim Nürnberger SPD-Bundesparteitag stark beeinflußt: Die Delegierten behielten die endgültige Stellungnahme einem außerordentlichen Parteitag vor. Das "Trend"-Institut will auf eigene Umfragen verzichten und nur Umfragen anderer Institute "auswerten, analysieren und kommentieren". Das Interpretationsinstitut hat bereits erste Papiere vorgelegt.

## INTERNATIONALE KUNDGEBUNG: LINKE SPD, DGB UND APO

Die Internationale Kundgebung gegen Faschismus und Neofaschismus, zu der am kommenden Wochenende in München rund 50 000 Menschen erwartet werden, wird auch von Westberlinern besucht. Bisher liegen über 100 Anmeldungen vor. Da die neuen Visa-Bestimmungen der DDR in "begründeten Fällen" den Erlaß der Gebühren vorsehen, soll ein Befreiungsantrag gestellt werden. Die Abfahrt der Busse erfolgt am Freitag, 21. Juni, 20 Uhr am Jüdischen Gemeindehaus, Fasanenstraße. - Den Westberliner Aufruf zur Demokratischen Aktion, die diese Kundgebung veranstaltet, haben inzwischen u. a. M. von Brentano, Prof. Flechthelm, Prof. Gollwitzer, Günter Grass, Wolf Dietrich Schnurre, Volker von Törne und A. Burg vom PrV unterzeichnet. Die Westberliner Kontaktstelle für die Demokratische Aktion liegt bei Dieter B. Sternweiler, Berlin 41, Albrechtstraße 59 a. - Die Podiumsgespräche und Kundgebungen in München werden von Sprechern der Außerparlamentarischen Opposition und Vertretern des linken Flügels der SPD sowie der Gewerkschaften bestritten. Es referieren und diskutieren u. a. die Sozialdemokraten Dr. Böddrich, MdL, und Christian Richter, 2. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten; die Gewerkschafter Ludwig Koch, Vorsitzender des DGB München, und Erwin Essl, Bezirksleiter der IG Metall in Bayern; die Publizisten Helmut Lindemann vom RC Lindau und Robert Steigerwald; die Professoren Alff, Zeitgeschichtliches Institut München, und Walter Bartel, Humboldt-Universität Ostberlin; Prof. Fabian von den Gewerkschaftlichen Monatsheften, der VDS-Vorsitzende Christoph Ehmann, Friedrich Hitzer vom Kuratorium Notstand der Demokratie sowie Max Oppenheimer von der VVN. Im Rahmen eines progressiven Kulturrahmenprogramms wird der "Viet Nam Diskurs" von Peter Weiss aufgeführt. Protestsänger aus der Bundesrepublik, der DDR und aus Griechenland treten auf.

## WESTBERLIN: ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTANDSKREIS GEGRÜNDET

Am 16. Juni wurde nach einer Veranstaltung in der Landesbildstelle ein "Antifaschistischer Widerstandskreis" gegründet. In einem Gründungsauf Ruf heißt es, daß die Verfolg-

ten des NS-Regimes und die jungen fortschrittlichen Kräfte sich einer geschlossenen Front neuer und alter Faschisten gegenübersehen, selbst aber in zahllosen Verbänden und Gruppen zerrissen seien. Dem müsse ein Ende gesetzt werden. Der Aufruf fährt fort: "Die alten Nazis sind mit Hilfe der neuen in alle Schlüsselpositionen zurückgekehrt. Mit Hilfe einer einseitig gesteuerten Presse glauben sie die Stunde des Machtantritts für gekommen. Großindustrie und Konzerne reichen ihnen dabei finanzkräftig die Hand. Darum muß jetzt und nicht erst morgen der antifaschistische Widerstandskampf offensiv beginnen. Die politisch fortschrittliche Jugend gehört dabei in die erste Reihe. Der 'Antifaschistische Widerstandskreis' will der Mittelpunkt der alten und jungen Widerstandskämpfer sein. Er will die Ursachen des Faschismus in aller Welt untersuchen. Er will durch eine breite Agitations- und Aufklärungsarbeit die Bevölkerung vor der drohenden Gefahr warnen und den Ausweg aus diesem Teufelskreis aufzeigen. Der 'Antifaschistische Widerstandskreis' sieht in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Keimzelle des Faschismus." Die Arbeiten für einen vorbereitenden Ausschuß haben Alfred Lindemann, Berlin 21, Paulstraße 4-5 und H. v. Rohde, Berlin 45, Prausestraße 3, übernommen.

#### SPD: MITGLIEDERZAHLEN GEHEN WIEDER ZURÜCK

Die Große-Koalitions-Politik der westdeutschen Sozialdemokratie äußert sich nicht nur im Austritt des "Genossen Trend" bei Wahlen. Auch die Mitgliederzahlen der Partei gehen zurück. Während die Mitgliederzahl der SPD 1964 und 1965 um 30 000 bzw. 32 000 gestiegen war und der Zuwachs 1966 immerhin noch über 17 000 betrug, war er 1967 noch knapp 5000. Neun der 22 Bezirke der SPD verzeichnen sogar ein absolutes Minus. Die Zahl der Neuaufnahmen sank von 1964 bis 1967 von 70 000 über 60 000 auf 50 000, die Zahl der Abgänge stieg von 40 000 über 42 000 auf 45 600. Die meisten Mitglieder verloren die rechten Bezirke Hamburg und Franken (800 und fast 1000), den stärksten Mitgliederzuwachs hat der als links geltende Bezirk Hessen-Süd (über 1200). Hessen-Süd ist damit nach Westliches Westfalen (100 000 Mitglieder) der zweitstärkste Bezirk der SPD (fast 70 000). Aus dem Finanzbericht der SPD geht auch hervor, daß die Partei zunehmend von Staatszuschüssen abhängig ist. Im letzten von der SPD herausgegebenen Jahrbuch heißt es: "Eine Partei kann nur dann wirklich unabhängig werden, wenn ihre Mittel überwiegend und in der Hauptsache durch Beiträge und Spenden der Mitglieder und Wähler aufgebracht werden. Das ist ein beschwerlicher Weg, aber zur Aufrechterhaltung einer gesunden demokratischen Ordnung notwendig." Bei den zentralen Einnahmen des SPD-Vorstandes sieht das so aus: 1966: Gesamteinnahmen 15,9 Millionen Mark, davon Staatszuschüsse 9,75 Millionen Mark. 1967: Gesamteinnahmen 19,2 Millionen Mark, davon Staatszuschüsse 12,29 Millionen Mark. 1966 betrug der Anteil der Staatszuschüsse 61,1 Prozent, 1967 64,0 Prozent.

#### TECHNISCHE UNIVERSITÄT: WIEDER LINKER ASTA IN SICHT

Das Ergebnis der Wahl zur Studentenvertretung an der Technischen Universität brachte eine eindeutige Polarisierung zwischen der Linken und der Rechten. Beide Fraktionen - links die WG-Wählergemeinschaft, rechts die UAG - Unabhängige Aktionsgemeinschaft - erhielten jeweils 39 Sitze. Nur zwei Abgeordnete können als "unabhängig" bezeichnet werden. Die im letzten Parlament recht stark vertretene Mittelgruppe, die "Unabhängigen", verloren rund 80 Prozent ihrer Wähler. Befürchtungen, daß damit eine rechte Mehrheit verbunden wäre, erwiesen sich als grundlos. Stimmeneinbußen für die Linke gab es eigentlich nur bei den Bauingenieuren, wo statt der erwarteten zwei Linken nur einer durchkam. In der Fakultät 1 (Soziologie, Psychologie) gab es einen Mandatszuwachs, einen starken Mandatszuwachs gab es auch bei den Elektrotechnikern, wo sich Rechts und Links jetzt mit je 6 Mann gegenüberstehen.

Die Verhandlungen über die Wahl eines AStAs wurden aufgenommen. Sie zeigen, daß ein linker AStA in Sicht ist, da die beiden Unabhängigen wohl kaum einen rechten Vorsitzenden wählen werden. Hinzu kommt, daß die Rechte in sich gespalten ist: Eindeutig CDU-orientierte Gruppen und Korporierte sowie "rechts-humanistische" Abgeordnete betrachten sich gegenseitig mit Mißtrauen und scheinen außerstande, sich auf die Besetzung eines rechts-orientierten AStAs zu einigen.

## 17. JUNI 1968: TAG DER ANERKENNUNG

Ein marodierender Haufe verwirrter Kleinbürger, höchstens zweitausend (im Polizeibericht 5000, in der "Welt" sogar 10 000), das war es, was Amrehn und Barzel am 17. Juni 1968 noch auf die Beine zu bringen vermochten. Und diese 2000 konnten sich nicht einmal untereinander riechen: die maulvollen NPDler wollten es dem Ulbricht noch besser zeigen und plärrtendeshalb gegen Barzel, die Rentner - übergroße Mehrheit - plärrten gegen die paar Jugendlichen, die bei den lächerlichen Phrasen von Amrehn, Wohlrabe und Barzel mitunter verlegen grinsten, sie alle plärrten gegen "die Alliierten", weil die zu lahmarschig seien. Eine "machtvolle Kundgebung des freien Berlin" sollte es werden, aber die Anhänger der CDU-Schwätzer entpuppten sich als kleine morbide Minderheit.

Nur wenig seriöser, aber eben nur eine Nuance bescheidener, ging es bei Herbert Wehner in der Kongreßhalle zu. Die Naiven, die erwartet hatten, daß der Genosse Minister für Gesamtdeutsches die letzte Gelegenheit eines feiertäglichen 17. Juni beim Schopfe fassen würde, um abschließend noch etwas Neues und Vernünftiges hervorzubelfern, wurden enttäuscht. Wehner, am selben Tag schon in Westdeutschland ausgepiffen, leistete den ministrablen Offenbarungseid des "gesamtdeutschen" Establishments: Die selbstsichere Kraftprotzerei von ehemals wickelt sich in einer verbissenen Hochstapelei.

Man male sich das genau aus: Wehner wie Barzel ergehen sich in rauchigen Andeutungen über ein Junktim zwischen Berlin-Verkehr und Ratifizierung des von der UNO empfohlenen Atomsperrvertrages. So landen sie dann plötzlich wieder bei ihren uralten Wutreaktionen, die typischen deutschen Kleinbürger; aus Ohnmacht zur Aggression, aus politischer Unfähigkeit in den politischen Kollaps. Springers "Welt" konnte am folgenden Tag zufrieden feststellen: "Zwei Kundgebungen - eine Meinung".

Diesen Verfallserscheinungen entgegen bildet sich eine neue linksbürgerliche Öffentlichkeit, über deren realpolitischen Stellenwert noch nicht geurteilt werden kann. Ein "Bürgerkomitee" stellte sich am Wochenende erstmals vor. Dabei löste sich Schütz-Vorgänger Heinrich Albertz mit der bemerkenswerten Forderung aus seinen früheren Illusionen, zwischen Westberlin und der DDR müsse ein "Staatsvertrag mit ordentlichen Unterschriften" geschlossen werden. "Das mag Anerkennung sein oder nicht, aber es ist nützlich." Es gelte das Verhältnis der Stadt zu ihrer Umwelt überhaupt neu zu bestimmen, meinte Heinrich Albertz. Eben dieser Tenor kommt seit der jüngsten DDR-Pression überall in der öffentlichen Diskussion zum Durchbruch. Gerade dies scheint die Vertreter der Nach-Adenauerschen Fiktionspolitik am meisten zu demoralisieren: Nicht der antikommunistische Aufschrei, nicht der Wunsch, mit dem Kopf gegen die Realitäten anzurennen, beherrscht die Öffentlichkeit wie bei früheren Gelegenheiten, sondern Resignation unter den verführten Massen einerseits, und non-konformes Ausbrechen nach links bei wesentlichen politisch engagierten Schichten andererseits. In krassem intellektuellem Gegensatz zu den Wehner/Barzel-Auftritten stand beispielsweise eine Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen mit Kuratoriums-Schütz, Schwarze, Gross, Sommer, Augstein, Dahrendorf, Kohl, Ehmke und Jugendvertretern. Daß die DDR anzuerkennen sei, schien in diesem Kreis mit wenigen Ausnahmen unbestritten. Daß nur auf dieser Voraussetzung noch Deutschlandpolitik gemacht werden kann, ebenfalls. Daß man für den formalen Akt der Anerkennung keinen "Preis" mehr erwarten kann, wurde auch gesagt. Den springenden Punkt nannten die Diskutanten zum Schluß selbst: Man befinde sich noch "links vom Durchschnitt", es komme darauf an, die Kluft zur Masse zu schließen.

Westberlingewinnt so positive Wirkung: Nicht im Sinne unserer Gedenkredner, wohl aber als Druckpunkt, durch den das politische Denken über die Stadt hinaus befördert werden kann. Diese eine Folge des Visumzwanges haben aufgeklärte bürgerliche Individuen offenkundig schon besser erfaßt als manche Sektierer.

Rudolf Augstein, einer der ZDF-Diskutanten, sprach eine zusätzliche Erkenntnis aus: Solange man zwischen guten und schlechten Kommunisten die jeweils passenden Gesprächspartner auszusuchen trachte, solange die eigenen Kommunisten als Kommunisten zweiter Klasse verächtlich gemacht werden, solange werde es in Deutschland überhaupt nichts zu verhandeln geben.

## HINWEISE DER REDAKTION

FREITAG, 21. Juni, 20 Uhr, wird - wenn die Saalfrage geklärt ist - voraussichtlich im Audimax der FU eine Informationsveranstaltung über die Ereignisse in Frankreich stattfinden. Als Referent wurde der Pariser Student Bouguerau gewonnen, der bis vor kurzem Funktionen im französischen Studentenverband innehatte.

DAS JUNGE THEATER BERLIN gibt ab sofort Ausweise für alle Westberliner Hoch- und Fachschüler aus, die zu je einem Besuch der Schaubühne am Halleschen Ufer, des Nachtstudios der Freien Volksbühne, des Forum-Theaters, des Reichskabarettts und der Schiller-Werkstatt berechtigen. Das Junge Theater will experimentierfreudige Bühnen unterstützen. Der Ausweis zu DM 10.00 enthält Gutscheine für Theaterkarten im Wert von DM 20.00. Die Ausweise sind in den Kulturreferaten der Studentenvertretungen und an den Kassen der Theater zu erhalten.

## EXTRA-DOKUMENTATION

### KPDSU: DER SOZIALDEMOKRATIE HISTORISCHES SCHICKSAL

In einem ausführlichen Beitrag widmet sich das theoretische Organ der sowjetischen KP, "Kommunist", der internationalen Rolle der Sozialdemokratie. Obwohl sich der Artikel, dessen wesentliche Auszüge EXTRA-Dienst nachstehend als eine Unterlage für die Diskussion innerhalb der Linken dokumentiert, sehr scharf mit der sozialdemokratischen Politik des "Abwiegelns" und des Klassenverrats auseinandersetzt, stellt er doch unverhüllt die Frage nach einer zeitweiligen Aktionseinheit. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die Volksfront-Frage heute anders als vor 1933 gestellt wird: Räumte man damals den sozialdemokratischen Parteien auf Grund ihrer Mitgliederstärke noch die führende Rolle ein, wird heute der Führungsanspruch der Kommunistischen Parteien klar fixiert. Es folgt die Dokumentation:

Sozialdemokratische Regierungen und Regierungen, an denen Sozialdemokraten beteiligt sind, kommen und gehen. Die Lage in den Ländern, in denen diese Partei Einfluß besitzt, ändert sich in der Regel alle paar Jahre.

Unter diesen Umständen kann nicht davon die Rede sein, daß auch nur ein sozialistisches Minimalprogramm durchgeführt würde; der Staat bleibt in den Händen der Bourgeoisie, mit anderen Worten: Nirgends auf der Welt gibt es bis auf den heutigen Tag ein „sozialdemokratisches System“ oder eine solche Zone.

In Westdeutschland wurden die Sozialdemokraten 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg an die Macht herangelassen. Sogleich zeigte sich aber, daß sie nur so lange in der Regierung der Klerikalen bleiben werden, bis es der Zuström rechter Stimmen bei den Wahlen der Reaktion ermöglicht, die sozialdemokratischen Minister durch andere Partner, möglicherweise sogar neofaschistische, zu ersetzen. Etwa ebenso ist es in anderen Ländern bestellt, wo die Sozialdemokraten die Macht mit den rechten Parteien teilen. Überall können sie jeden Augenblick ausgebootet werden. Richtig festen Fuß gefaßt haben die Sozialdemokraten während der letzten 50 Jahre in keinem Lande.

In keinem Lande, wo zwischen 1917 und 1968 Sozialdemokraten an der Macht waren, wurde die kapitalistische Ordnung beseitigt oder wenigstens erschüttert. Sogar dort, wo die Sozialdemokraten hin und wieder eine solide, absolute Mehrheit im Parlament erlangten – jene wunderwirkende arithmetische Mehrheit, auf die ihre Anhänger jahrzehntelang warten mußten –, sogar dort ist die alte Klassengesellschaft unangetastet geblieben. Die sozialdemokratischen Reformen blieben überall auf halbem Wege stehen, zu durchgreifenden sozialen Umgestaltungen kam es nirgends. Der Sozialismus blieb auf dem Papier. Niemand wird jetzt ernsthaft bestreiten, daß die wirkliche, oberste Macht in allen diesen Ländern nach wie vor faktisch der Finanzoligarchie gehört. Darüber hinaus kann man es heute als endgültig bewiesen betrachten, daß gerade die Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Regierungen im letzten halben Jahrhundert dazu beigetragen hat, den Kapitalismus im Westen vorübergehend zu stabilisieren. Die Bourgeoisie fürchtete die Sozialdemokraten nicht, sie brauchte sie zur Festigung und Tarnung ihrer eigenen Macht. In verschiedenen Fällen rief sie sie faktisch dazu auf.

Wenn man annimmt, daß es trotzdem eine gewisse „Einflußsphäre“ der Sozialdemokratie in Europa gibt

und wenn man zu ihr nicht nur die Länder mit sozialdemokratischen Regierungen, sondern auch jene Staaten rechnet, in denen sozialdemokratische Minister bürgerlichen Koalitionsregierungen angehören, so macht diese Sphäre flächenmäßig weniger als ein Siebentel Europas aus.

Das ist alles, was die Sozialdemokratie in fünfzig Jahren auf der Weltkarte „erworben“ hat.

Es gibt zumindest sechs Kardinalfragen, wonach man heute eine umfassende historische Einschätzung der zwei Parteien, von denen hier die Rede ist, vornehmen könnte. **E r s t e n s** : Was haben die Kommunisten und die Sozialdemokraten getan, um dem Faschismus den Weg zu versperren und Hitlers Machtantritt in den dreißiger Jahren zu verhindern?

Der Ruf einer jeden großen politischen Partei wird noch lange Zeit in nicht geringem Grade danach beurteilt werden, wie sie für diese Jahre Rechenschaft ablegen kann. Die Nazis hatten nicht zufällig den Kommunismus zum Feind Nr. 1 erklärt. Wenn es nur von den Kommunisten abgehängt hätte, so würde es in Europa keinen Hitler gegeben haben.

Anders müssen die Sozialdemokraten diese Frage beantworten. Sie hatten tatsächlich die Möglichkeit, Hitler Einhalt zu gebieten und den Nazismus zu zerschlagen, noch bevor er Kraft gewonnen und Deutschland an sich gerissen hatte. 13 Jahre lang – von 1919 bis 1932 –, d. h. gerade in den Jahren, in denen der Faschismus wuchs und zupackte, wurde die preußische Polizei ununterbrochen und faktisch unkontrolliert von den Sozialdemokraten geleitet.

Jeder gewissenhafte Historiker, welcher Richtung er auch angehören mag, muß zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Sozialdemokratie die Weimarer Republik, die sie selbst gegründet hatte, kampflös den Nazis auslieferte. Sie ließ den Faschismus nicht einfach nur gewähren, sondern ebnete ihm im Grunde genommen den Weg, bevor er sich auf Europa stürzte.

Die **z w e i t e** Kardinalfrage: Was haben die Sozialdemokraten und die Kommunisten getan, um einen zweiten Weltkrieg zu verhindern und dann, um ihn zu gewinnen?

Die Formulierung „der Friede ist unteilbar“ und das Programm der Einheitsaktionen gegen die faschistische Aggression wurden damals von den Kommunisten aufgestellt. Hätte der Westen dieses Programm rechtzeitig aufgegriffen, so hätte Hitler den Krieg nicht entfesseln können, die weltweite antifaschistische Koalition fürchtete er wie das Feuer.

Die Sozialdemokratie blieb damals im Schatten, sie tat nichts, was sie hätte tun können: Sie war nicht zu einer Einheitsfront mit den Kommunisten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zu bewegen, rief die Völker Englands und Frankreichs im Münchener Jahr nicht zum entschlossenen Widerstand gegen die kata-

strophale Politik ihrer Regierungen auf und forderte nicht den schnellsten Abschluß eines Abkommens mit der UdSSR.

Mit den Händen im Schoß, es den rechten Parteien überlassend, Europa zu regieren, beobachtete sie das Näherrücken des Krieges. Und als der Krieg begonnen hatte? In den von den Faschisten besetzten Ländern kämpften die einfachen Sozialdemokraten überall in der Widerstandsbewegung mit. Doch an der Spitze der Regierungen der Mächte der antifaschistischen Koalition fanden sich keine sozialdemokratischen Führer. Wieder war es den Reformisten nicht beschieden, eine historische Rolle zu spielen. Trotz ihrer großen Parteien gelang es ihnen nicht, den großen antifaschistischen Kampf der Völker im kapitalistischen Teil Europas anzuführen.

Die **d r i t t e**, für den Zeitgenossen noch aktuellere Frage lautet: Was haben die beiden Parteien in den Nachkriegsjahren getan, um dem kalten Krieg ein Ende zu setzen und eine friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung herbeizuführen? Man muß feststellen, daß die Sozialdemokratie auch dieses Mal nicht das zu tun verstand, was die Epoche verlangte. Die Sozialdemokraten bezogen in den Nachkriegsjahren niemals eine selbständige Position auf dem internationalen Schauplatz. Vieles in der Welt wäre anders, wenn es die Sozialdemokratie nicht mit dem Imperialismus halten würde. Die Wahrheit ist aber, daß sich die Sozialdemokraten dem NATO-Block in dem Augenblick anschlossen, als er gegründet wurde, und bis auf den heutigen Tag sind sie aus diesem Block nicht ausgetreten.

Anzeichen dafür, daß die rechte Sozialdemokratie als Ganzes ihre Einstellung zum kalten Krieg revidieren werde, sind bis jetzt nicht zu bemerken. Die Regierung der Labour Party setzt sich nach wie vor für den „Atlantismus“ ein und stützt so die amerikanische Politik in Europa wie in Asien. Der rechte Flügel der an der italienischen Regierung beteiligten sozialistischen Partei Nennis lehnt es auch heute ab, den Austritt Italiens aus der NATO zu fordern. Die sozialdemokratischen Minister in der deutschen Bundesrepublik unterstützen nicht nur die NATO, sondern helfen auch den Bonner Revanchisten, das amerikanisch-westdeutsche Militärbündnis zu festigen. Sieht das nach einem „dritten“ Weg aus?

Die **v i e r t e** Frage: Wie haben sich beide Parteien zur nationalen Befreiungsbewegung verhalten, die die ganze Welt von heute erschüttert?

Was die Kommunisten anbelangt, so braucht man nicht lange nach einer Antwort zu suchen. Ohne ihre Hilfe und Mitwirkung wären die großartigen Siege der nationalen Befreiungsbewegung nach dem Krieg kaum möglich gewesen. Was die Sozialdemokratie betrifft, so ist es jetzt offensichtlich, daß sie die historische Bedeutung der nationalen Befreiungsrevolutionen überhaupt nicht begriffen hat, und dadurch hat sie sich selbst aus einem riesigen Teil der globalen

politischen Arena ausgeschlossen und vielerorts die Völker dieser Zone gegen sich aufgebracht.

Es läßt sich nicht verbergen, daß in den entscheidenden Jahren der Kämpfe der Völker gegen den Kolonialismus die europäische Sozialdemokratie gewöhnlich auf der Seite der Kolonialisten stand. So war es in Asien und in Afrika; es sei nur an die Befreiungskriege und -bewegungen in Indochina, Indonesien, Malaya, Algerien, Kongo, Ghana, Nigeria und in anderen Ländern erinnert. Die rechte Sozialdemokratie trat nicht für die Rechte der Völker dieser Länder ein, ja, sie beschränkte sich nicht einmal auf Stillschweigen. In fast allen Fällen billigte sie die kolonialen Feldzüge, und in einigen (in Malaya, Indonesien) war sie sogar der Initiator.

Die jetzige Labour-Regierung Wilsons führte noch vor kurzem einen Kolonialkrieg und versucht sich nach wie vor mit den Rassisten in Rhodesien zu arrangieren.

1968 hatten die rechten Sozialisten, wo sie an der Macht sind oder sie teilen, im Grunde genommen noch immer nicht mit dem Kolonialismus gebrochen. Die von diesen oder jenen sozialdemokratischen Parteien vorgebrachten Projekte für die Lösung einzelner kolonialer Fragen können an dieser Tatsache nichts ändern, sie haben nirgends etwas gebessert.

Die fünfte und für Millionen Menschen wahrscheinlich die wichtigste Frage: Was haben die Sozialdemokraten und die Kommunisten getan, um dem Hauptziel – dem Übergang zur sozialistischen Gesellschaft – näherzukommen? Wenn man davon ausgeht, wozu beide Parteien gegründet wurden, so muß man die Antwort auf diese Frage wirklich als die entscheidende betrachten.

Nach fünfzigjährigem Sturm in aller Welt haben die Sozialdemokraten überhaupt aufgehört, vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu sprechen. Der Beweis dafür sind die jetzigen Programme der rechtssozialistischen Parteien. Die gegenwärtige Sozialdemokratie beteiligt sich nicht am aktiven Kampf gegen den Kapitalismus; sie will auch keine andere Gesellschaft. Alles, wovon sie jetzt spricht, ist die sogenannte „allgemeine Wohlfahrtsgesellschaft“, das heißt die jetzige, durch Reformen labouristischen Typs verstärkte und gesicherte staatsmonopolistische Ordnung in den westlichen Ländern.

Man kann natürlich noch eine weitere Kardinalfrage stellen. Obgleich sie nicht direkt die gewöhnliche Tätigkeit politischer Parteien betrifft, wird sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vom Leben auf die Tagesordnung gesetzt. Womit haben die Kommunisten und die Sozialdemokraten der Welt von heute geholfen, die Horizonte des Planeten auszuweiten und der unglaubliche Wunder schaffenden Wissenschaft den Weg frei zu machen?

Niemals, auch nicht nach Zehntausenden von Jahren, wird man vergessen haben, daß der Weg in den Kosmos zuerst von einem Staat gebahnt wurde, den Kommunisten geschaffen haben. Die Sozialdemokratie, wenn sie auch an der Leitung des einen oder an-

deren Staates beteiligt war, hat keine Beziehung zu den großen Entdeckungen unserer Epoche. Sie ist an ihnen vorübergegangen und diese an ihr.

Faßt man alles Gesagte zusammen, so muß man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Sozialdemokratie in diesem halben Jahrhundert nichts Großes geschaffen hat. Sie hat keine großen Revolutionen vollzogen, keine großen Staaten geschaffen, den Menschen keine großen Gedanken gegeben. Sie ist unfruchtbar. Wird sie weiterhin auf der Stelle treten, weiterhin Positionen verlieren, sich zurückziehen und die Arbeiterbewegung am Vormarsch zum Sozialismus hindern? Kann man annehmen, daß sie, wie manche meinen, keinen anderen Weg hat und haben kann?

Diese Frage mit einem einfachen Ja zu beantworten, wäre nach unserer Meinung falsch. Die Sache ist komplizierter. Man kann nicht behaupten, daß die sozialdemokratischen Parteien in unserer Zeit unwiderruflich verdammt wären. Die Geschichte versperrt Organisationen, in denen die breiten Massen mitarbeiten, niemals endgültig den Weg, selbst wenn sie von ihren Führern in eine Sackgasse gelenkt werden. Richtiger gesagt, bieten sich der Sozialdemokratie der Gegenwart zwei Wege.

Der alte Weg ist erprobt und erforscht bis in die letzte Windung. Wenn ihn die Sozialdemokratie nicht verläßt, ist ihr historisches Schicksal als eine der größten internationalen politischen Organisationen wirklich entschieden. Sie wird den großen politischen und sozialen Schlachten in den noch verbleibenden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht standhalten und entweder endgültig zu einer gewöhnlichen liberalbürgerlichen Partei absinken oder eingehen.

Es ist kein Geheimnis, daß viele rechte sozialdemokratische Führer durchaus zur ersten Perspektive bereit sind und nichts anderes wollen. Es ist schwer zu sagen, ob es ihnen gelingen wird, derartige Pläne zu verwirklichen. Die sozialdemokratischen Parteien werden aber die Wahl treffen müssen. Der Weg, den die Sozialdemokratie bisher gegangen ist, war zweifellos eine Wahl zugunsten des Kapitalismus. Nicht Antikapitalismus, sondern Antikommunismus war die Haupttriebkraft ihrer Politik in diesen 50 Jahren. Daraus resultiert ihr endgültiger Verzicht auf den Klassenkampf, ihr Zusammenleben mit den bürgerlichen Parteien, ihr kampfloses Zurückweichen vor dem Faschismus.

„Was schädlich für den Kommunismus ist, ist nützlich für die Sozialdemokratie“ – so formulierte in den 50er Jahren der britische linke Labourist Bevan die geheime Doktrin der rechten Sozialisten. Mit einer solchen Doktrin zu leben und in der Epoche des dynamischen Wachstums der kommunistischen Bewegung nicht Schiffbruch zu erleiden, ist unmöglich. Der Streit mit den Kommunisten wird zum Streit mit der Zeit: Solange der Antikommunismus die Politik der Sozialdemokratie bestimmt, ist die Zeit gegen die Sozialdemokratie. So war es gestern, und so wird es morgen sein, wenn die Sozialdemokraten nach dem Willen

ihres rechten Flügels auch weiterhin den alten Weg verfolgen, um herauszufinden, was ihnen jetzt auf diesem Weg bevorsteht, bedarf es keiner tiefgründigen Forschungen und Vermutungen. Das sieht man schon mit bloßem Auge.

● Erstens wird die Sozialdemokratie weiter im Bündnis mit der NATO bleiben, jener Organisation, die zur Vorbereitung des dritten Weltkrieges besteht.

● Zweitens wird sie auch in Zukunft ihr Schicksal mit den Abenteurern des amerikanischen Imperialismus verbinden und sich immer tiefer in den äußerst gefährlichen kalten Krieg verstricken.

● Die Sozialdemokratie wird drittens, ob sie will oder nicht, zur Komplizin bei der Stärkung des deutschen Militarismus, der die Hauptstütze der NATO geworden ist.

● Viertens wird sie Millionen Menschen in den Ländern der nationalen Befreiungsbewegung immer wieder gegen sich aufbringen.

● Fünftens wird sich die Sozialdemokratie in verschiedenen Ländern Kontinentaleuropas gezwungen sehen, sich weiterhin auf die Koalition mit den rechten klerikalen Parteien zu stützen, jenen Parteien, die den Sozialismus tödlich hassen und tun, was das Monopolkapital will.

● Die Sozialdemokratie wird **sechstens noch einmal** in der kritischen Periode der Geschichte die Verantwortung für die Fortsetzung der Spaltung der Arbeiterbewegung übernehmen müssen, der Spaltung jener Kräfte, denen es beschieden ist, gegen Krieg, Reaktion und Neofaschismus zu kämpfen.

Was all dies der Sozialdemokratie verspricht, ist klar. Keine große politische Partei, so wenig und erfahren sie auch sein mag, kann in unserer Zeit ihren Einfluß und ihre Anhängerschaft behalten, wenn sie ein solches Programm vorschlägt. Die Sozialdemokratie hat viele schwere Jahre hinter sich und ist dank der Geduld ihrer Anhänger wiederholt trocken aus dem Wasser gekommen. Das ist bekannt. Vielleicht waren aber noch nie in der Geschichte ihre Zukunftsaussichten so düster wie jetzt, wenn sich in ihrer Politik nichts ändert.

Worauf und auf wen kann eigentlich diese Partei hoffen, wenn sie auf dem alten Weg bleibt?

In früheren Zeiten unterstützte die alte Garde des Reformismus – die Arbeiteraristokratie – stets die Sozialdemokratie und bürgte für sie in schweren Stunden. Jetzt ändert sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse, und die Arbeiteraristokratie tritt ab. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat sich ebenfalls gegen die rechten Sozialisten gewandt. Die technische Intelligenz, die von dieser Revolution jetzt in den Produktionsprozeß befördert wird, bezieht in den meisten Fällen unvergleichlich fortschrittlichere und kühnere politische Positionen, als sie die Arbeiteraristokratie einnahm.

Auch die sozialdemokratische Schicht der neugeschaffenen staatsmonopolistischen Bürokratie kann die alte Garde der Reformisten nicht ersetzen. Gerade auf diese Schicht, die durch die während der letzten Jahre in verschiedenen westeuropäischen Ländern durchgeführten Maßnahmen zur Nationalisierung der Industrie aufgebläht wurde, verlassen sich jetzt die rechten Führer besonders. Im reformistischen Apparat spielen diese Beamten, die eng mit den Geschäftsleuten verbunden sind, wirklich eine nicht unbedeutende Rolle, doch ihr Einfluß auf die Massen ist in der Regel nicht groß. Die Arbeiter lieben sie nicht und glauben ihnen nicht.

Das Kleinbürgertum, das nach dem Krieg nicht selten auf die Seite der rechten Sozialisten überging und ihnen half, Wahlerfolge zu erringen, kann man kaum als eine zuverlässige Stütze des Reformismus gelten lassen, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Rückgänge und politischer Krisen. In verschiedenen Ländern schwanken diese Schichten zwischen den Konservativen und den Klerikalen einerseits und den linken Parteien andererseits. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß im Falle einer ersten Depression im Westen der am wenigsten bewußte Teil des Kleinbürgertums sich wieder und ziemlich schnell auf den Faschismus umorientieren kann.

Andere soziale Reserven haben die rechten Sozialdemokraten nicht mehr. Schließlich, was besonders wichtig ist, haben sie offensichtlich aufgehört, die Jugend an sich zu ziehen. Die Jugend von heute ödet das Auf-der-Stelle-Treten an. Sie fordert kühne Ideen und kühne Aktionen sowohl gegen die Kriegsgefahr als auch gegen die Gefahr der Arbeitslosigkeit.

Haben die Sozialdemokraten bei gutem Willen die Möglichkeit, die Lage zu verbessern und in der Arbeiterbewegung eine positive Rolle zu spielen? Dort, die Sozialdemokraten, wenn auch nur vorübergehend, auf den Antikommunismus verzichtet haben und gemeinsam mit den Kommunisten im Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Werktätigen, für den Frieden, gegen Reaktion und Faschismus auftraten, errangen sie im großen und ganzen zusammen mit den Kommunisten große, zeitweilig gewaltige Erfolge.

So war es zu Beginn der 30er Jahre in Spanien, als die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten den Aufbau der neuen Republik leiteten. So war es in Frankreich, als die auf Beschluß der beiden Parteien und der Radikalsozialisten entstandene Volksfront siegreich den ersten Angriff der Faschisten abschlug und, wenn sie nicht gespalten worden wäre, zweifellos die Außenpolitik Frankreichs auf einen anderen Weg gelenkt und damit das ganze Schicksal des Landes geändert haben würde.

So war es auch in den ersten Nachkriegsjahren in Italien und wieder in Frankreich. Den französischen Regierungen jener Zeit, denen Sozialisten und Kommunisten angehörten, gelang es, die Kohleindustrie,

die Strom- und Gaserzeugung sowie mehrere Banken zu nationalisieren und die Sozialversicherung für Arbeiter einzuführen. Die italienische Regierung, die aus Sozialisten und Kommunisten bestand, übergab landlosen Bauern nichtbearbeitetes Gutsbesitzerland, senkte die Pachten, führte eine bewegliche Lohnskala ein und verbot Entlassungen ohne Zustimmung der Gewerkschaften.

In Frankreich errang das Wahlbündnis der Sozialisten, der Kommunisten und der anderen Linkskräfte bei den Wahlen bedeutende Erfolge und drängte zum ersten Mal in der ganzen Nachkriegszeit die Rechten zurück. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich schon in naher Zukunft diesem Bündnis größere Möglichkeiten bieten werden.

In Italien gibt es eine solche Zusammenarbeit noch nicht, und der Klerus bleibt mit Hilfe der Rechtssozialisten am Ruder. Würde aber ein Bündnis der Sozialisten, der Kommunisten und der linken demokratischen Christen geschaffen werden, könnte sich die ganze Lage im Lande ändern; die Gefahr, die Italien seitens versteckter reaktionärer Kräfte, die nach dem amerikanischen Plan „Prometheus“ zu handeln bereit sind, droht, würde abgewendet werden. Für eine solche Annäherung treten in Italien bekanntlich nicht nur die italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit, sondern auch der linke Flügel der Nenni-Partei ein. In Spanien macht die Annäherung der Linkskräfte vereinte Aktionen gegen das Franco-Regime möglich. Noch bezeichnender ist das Beispiel eines anderen europäischen Landes: Finnland.

Die finnische Sozialdemokratie war jahrzehntelang die antikommunistischste aller sozialdemokratischen Parteien. Rechts von ihr war nichts. Sie war die einzige sozialdemokratische Partei der Welt, die im zweiten Weltkrieg offen auf seiten Hitlers stand. Auf äußerst aggressiven antikommunistischen Positionen blieb die finnische Sozialdemokratie auch nach dem Krieg. Innerhalb des Landes arbeitete sie mit der extremen rechten Koalitionspartei zusammen. Heute arbeiten die Sozialdemokraten und Sozialisten Finnlands in der von dem Sozialdemokraten Paasio geführten Regierung zusammen. Nicht nur die finnische Arbeiterklasse, das ganze Volk Finnlands spürt die Veränderung. Das neutrale Finnland lebt ruhiger als die meisten anderen kapitalistischen Länder in Europa. Indem die finnische Sozialdemokratie auf den militanten Antikommunismus verzichtet hat, hat sie Erfolge für die Arbeiterbewegung und für das ganze Land errungen.

Wirklich, man braucht ihre jetzige Lage nur mit der Lage der westdeutschen Sozialdemokratie zu vergleichen, die sich mit den Revanchisten verbündete, um sich davon zu überzeugen, welche gewaltige Bedeutung die Wahl der Wege jetzt für das Schicksal der Sozialdemokraten hat. Für die erstgenannte – Stabilisierung nach schwerer Krise, führende Rolle in einer Regierung, die das Vertrauen des Volkes genießt, fruchtbarer Kontakt mit dem fortschrittlichen Flügel der Arbeiterbewegung. Für die letztgenannte – totale

Unsicherheit in bezug auf die Zukunft, wachsende Besorgnis in den unteren Schichten, neue Wahlniederlagen und vor allem die Gefahr, zum zweitenmal Werkzeug der Reaktion zu werden, um dann über Bord geworfen zu werden.

Ähnliche Probleme ergeben sich auch für die Sozialdemokraten in anderen Ländern. Deshalb macht sich in letzter Zeit in allen reformistischen Parteien Europas ein Stimmungsumschwung nach links bemerkbar.

Fakt ist, daß die einfachen Sozialdemokraten in der Regel überall zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit sind. Die Führer verhalten sich in den meisten Ländern anders. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob die Voraussetzungen für eine Aktionseinheit in großem Maßstab heranreiften. Es kam aber anders infolge der moralischen Mittäterschaft der rechten Sozialdemokratie bei der Vietnam-Intervention und wegen der fortdauernden Ausrichtung ihrer Führer nach den USA.

Zweifellos verläuft der Prozeß der Umwertung in den Reihen der Sozialdemokratie nicht so schnell, wie es der ungeduldige Zeitgenosse gern hätte. Vom Standpunkt der Geschichte, die von den Sozialdemokraten weder Schnelligkeit noch Entschlossenheit gewöhnt ist, entwickelt sich dieser Prozeß jedoch schneller als vor dem Krieg. Es muß berücksichtigt werden, daß die Sozialdemokraten trotzdem in den 50er Jahren und besonders im letzten Viertel des Jahrhunderts viel gelernt haben. Man darf nicht annehmen, daß die Stürme, die über die Erde gebräust sind, in den sozialdemokratischen Parteien keine Spuren hinterlassen hätten. Die Kommunisten verlangen von den Sozialdemokraten keine Aufgabe ihrer Selbständigkeit. Sie machen es nicht zur Bedingung, daß die Sozialdemokraten das Programm der Kommunisten übernehmen. Sie haben nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialdemokratischen Parteien einzumischen. Die Kommunisten wollen die Sozialdemokraten nicht für verborgene Ziele benutzen, wie sie auch niemandem gestatten werden, sie dafür auszunutzen. Alles, wonach sie streben, ist Aktionseinheit in gemeinsamen Zielen. Daran, daß die beiden Parteien gemeinsame Interessen haben, die für jede von ihnen von gewaltiger Bedeutung sind, ist nicht zu zweifeln.

Das erste, worin die einen wie die anderen voll und ganz übereinstimmen, ist die Verhinderung eines neuen Krieges. Das zweite ist, ein Wiederaufkommen des Faschismus in jeglicher Form zu unterbinden. Das dritte ist der Kampf für bessere Lebensbedingungen der Werktätigen. Das vierte ist die Sicherung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Das historische Schicksal der Sozialdemokratie ist noch nicht entschieden, und nur sie selbst kann es entscheiden. Wird sie den alten Weg verfolgen, der sie immer weiter vom Sozialismus entfernt, oder wird sie, solange es noch nicht zu spät ist, den zweiten Weg einschlagen – die Aktionseinheit der Arbeiterklasse?

„Wer sich des Vergangenen nicht erinnert,  
ist dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben.“  
(Santayana)

# Aufruf zur DEMOKRATISCHEN AKTION

Wir, die Unterzeichneten, beobachten voll Sorge, wohin unser Land treibt. Mit jedem Tag wächst die neo-nazistische Gefahr, die nur wieder entstehen konnte, weil es nach der Katastrophe von 1945 keinen echten Neubeginn gegeben hat.

Der Neonazismus profitiert von den Versäumnissen der restaurativen Bonner Nachkriegspolitik und von den Versuchen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Hilfe von Notstandsgesetzen auszuhöhlen. Die Fehler und Unterlassungen der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen!

**Es ist höchste Zeit, aus den furchtbaren Erfahrungen zu lernen und eine starke demokratische Front zu schaffen — für eine konsequente Verwirklichung des Grundgesetzes, gegen alle restaurativen, antidemokratischen Strömungen.**

Vor nunmehr 35 Jahren wurde die Weimarer Republik vernichtet, nicht zuletzt mit finanzieller Hilfe der Großindustrie und unter Anwendung der damaligen Notstandsgesetze.

Antisemitische Hetze und antidemokratische Machenschaften hatten die Atmosphäre vergiftet und politische Kurzsichtigkeit die rechtzeitige Einigung aller demokratischen Kräfte verhindert. Mit nationalistischen Phrasen wurden große Teile des Volkes getäuscht und der Idealismus junger Menschen mißbraucht.

Der Kampf für die Erhaltung der Demokratie wurde nach dem 30. Januar 1933 zum Widerstand gegen die NS-Diktatur. Die Geschwister Scholl, die Männer und Frauen des 20. Juli und nicht zuletzt die zahllosen Widerstandskämpfer aus den Reihen der deutschen Arbeiterbewegung sind dafür beispielhaft. Sie führten den jahrhundertelangen Kampf gegen Erniedrigung und Unterdrückung fort und hielten so die humanistische Tradition aufrecht, der Deutschland sein Ansehen in der Welt verdankt.

Im Geiste dieses gemeinsamen Widerstandes und seiner Opfer müssen wir auch heute **unterschiedliche politische Auffassungen zurückstellen, wenn es gilt, unseren Todfeinden entgegenzutreten, denn nur durch gemeinsames Handeln kann neues Unheil abgewendet werden.**

Arbeiten und kämpfen wir gemeinsam gegen Restauration und Faschismus! Verbinden wir unsere Anstrengungen mit dem Kampf der Gewerkschaften und der Intelligenz für die Erhaltung der Demokratie und gegen die Notstandspläne! Wenn die, die sich Demokraten nennen, ihre Pflicht nicht erfüllen, müssen wir alle die unterstützen, die wie Demokraten handeln.

**Nur gemeinsam sind wir die Stärkeren — dies ist die Lehre der Vergangenheit, die Voraussetzung des Erfolges.**

**Organisationen und Persönlichkeiten aus München bzw. Bayern:**

Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität (ADU); Aktionskreis Liberales München; Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Verfolgten-Organisationen; Arbeitskreis Sozialdemokratischer Akademiker (ASA), Starnberg; ASIA der Akademie der bildenden Künste; ASIA der TH München; DGB — Kreisausschuß München; deutsche Journalistenunion in der IG Druck und Papier, Landesbezirk Bayern; Gruppe der NS-Verfolgten bei der Stadtverwaltung München; IG Druck und Papier, Landesbezirk Bayern; Katholische Junge Mannschaft; Kuratorium „Notstand der Demokratie“, Bayern; Landesverband der Gewerkschaftlichen Studentengruppen in Bayern (GAST); Redaktion „Kürbiskern“; Kurt Adelman, MdL; Horst Manfred Adloff, Filmproduzent; Elmar Altvater, Dipl.-Volkswirt, Martin und Eva Amode, Journalist; Therese Angelloff, Schriftstellerin; Klaus Antes, Journalist; Frank Arnau, Schriftsteller; Dr. Alexander S. Barnett, Arzt; Katherina Baudach, Verlegerin; Reinhard Baumgart, Schriftsteller; Hermann R. Beck, Schriftsteller; Knut Becker, Betriebsratsvorsitzender; Prof. Barbara Beyreiss, Grafikerin; Horst Bienek, Schriftsteller; Dr. Gerd Biermann, Arzt; Hans Bertram Bock, Redakteur; Dr. Jürgen Böddrich, MdL; Peter v. Bohr, Architekt und Städteplaner; Karl Borcherding, Oberschulrat, Fachberater für politische Bildung; Schulreferat München; Hermann Brandes, Oberstudienrat; Erik Braun, Architekt; Hagen Breitinger, Jugendsekretär der IG Metall; Prof. Dr. Eduard Brenner, Staatssekretär a. D.; Klaus Budzinski, Schriftsteller; Ria Burgard, Stadträtin; Dr. Andreas Buro; Elena Cardas, Sangerin; Hans Clarin, Schauspieler; Ernst Cordes, Schriftsteller; Dr. Friedrich Cremer, MdL; Willi Cronauer, Oberregierungsrat; R. Paul Dahlke, Schauspieler; Martin Gregor Dellin, Schriftsteller; Kurt Desch, Verleger; Maria-Agnes Gräfin Dohna; Hans Dollinger, Schriftsteller; Dr. Rolf Eckart, Oberstudienrat; Horst Eckert, Maler; Götz Eggers, Gerichtsassessor; Bernt Engelmann, Schriftsteller; Georg Fischer, Stadtrat; Eduard Forster, Jugendbildungsreferent; Dr. Hugo Freund, MdL, Dir. i. R.; Dr. Walter Freyn, Zahnarzt; Hans Frick, Schriftsteller; Erich Fried, Schriftsteller; Anton Fuchs, Stadtrat; Guido Fuchs, Redakteur; Eckehard Furtwaengler, Rechtsanwalt; Dr. Christian Gall, Universitäts-Dozent

**Hannelore Gall**, Studienrätin; **Dr. Marie Luise Gansberg**, wissenschaftliche Assistentin; **Thomas Gehrig**, Architekt; **Christian Geißler**, Schriftsteller; **Dr. Peter Gerstacker**, Arzt; **Sepp Golbach**, Bildungssekretär im DGB-Landesbezirk; **Ernesto Grassi**, Universitätsprofessor; **Dr. Herbert Greußel**, Chefdramaturg; **Herbert Groethuysen**, Dipl.-Ing. und Architekt; **Gitta Gugenheim**; **Marie-Luise Haase**, Kunsthistorikerin; **Peter Hamm**, Schriftsteller; **Friedrich Haugg**, Vizepräsident und Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte; **Prof. Karl Heckmann**, Arzt; **Dr. Hans Heinz Heldmann**, Rechtsanwalt; **Wilhelm Henke**, Buchhändler; **Josef Hesch**, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt München; **Rolf Heyne**, Verleger; **Dieter Hildebrandt**, Schauspieler; **Kurt Hirsch**, Publizist; **Gerd Hirschauer**, Schriftsteller; **Friedrich Hitzer**, Schriftsteller; **Jörg Högemann**, Journalist; **Prof. Dr. Wilhelm Hoegner**, Ministerpräsident a. D.; **Ludwig Hoelbe**, Rechtsbeistand; **Ingeborg Hoffmann**, Schauspielerin; **Dr. Herbert Hohenemser**, Kulturreferent der Stadt München, Stadtrat; **Heinz Huber**, Personalratsvorsitzender; **Hans-Jürgen Jaeger**, Stadtrat; **Max Jaeger**, Landesbezirkssekretär der IG Druck und Papier; **Michael Jary**, Komponist; **Hermann Jünger**, Goldschmied; **Michael Jürgs**, Redakteur; **Harald Jung**, Journalist; **Ulrich Kabitz**, Verlagslektor; **Hilde Kaith**, Personalrätin; **Jo von Kalckreuth**, Maler; **Ursula von Kardorff**, Journalistin; **Yaak Karsunke**, Schriftsteller; **Dr. Reinhold Kaub**, MdL; **Helmut und Nina Kindler**, Verleger; **Prof. Georg Kinzer**; **Heinar Kipphardt**, Schriftsteller; **Hans-Hellmut Kirst**, Schriftsteller; **Konrad Kittl**, Rechtsanwalt; **Hellmut Klein**, Steuerberater; **Sven Kluwe**, Filmproduzent; **Ludwig Koch**, Vorsitzender des Kreisausschusses des DGB München und Stadtrat; **Prof. Dr. Walter Koch**; **Hans Kolo**, Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Südbayerns; **Fritz Kramer**, Redakteur; **Werner Krumme**, Präsidiumsmitglied des internationalen Auschwitz-Komitees; **Dr. Sepp Kurz**, Gymnasialprofessor; **Dr. Hans Lamm**, Schriftsteller; **Dr. Berta Landré**, Lektorin; **Gregor Laschen**, Schriftsteller; **Dieter Lattmann**, Schriftsteller; **Dr. F. Leising**, Arzt; **Hanns Lenk**, Betriebsratsvorsitzender; **Dr. Walter Lidl**, Rechtsanwalt; **Maidi Liebermann von Wahlendorf**; **Siegfried Lowitz**, Schauspieler; **Prof. Dr. Edgar Lüscher**, Technische Hochschule; **Dr. Doris Maase**, Ärztin; **Ewald Magnus**, stellvertr. Bezirksvorsitzender d. Bundes kinderreicher und junger Familien Deutschlands (BKD); **Leonhard Mahlein**, 1. Vorsitzender der IG Druck und Papier, Landesbezirk Bayern; **Jörg von Manz**, Keramiker; **Prof. Dr. Alfred v. Martin**; **Christoph Meckel**, Schriftsteller; **Inge Metzger**, Personalratsvorsitzende; **Rudolf Metzler**, Redakteur; **Hermann Mostar**, Schriftsteller; **Dr. Wolfgang Mühlbauer**, Schriftsteller; **Dr. Ernst Müller-Meiningen jr.**, Publizist; **Siegfried Müller**, Gewerbestudienrat; **Dr. Hansjosef Mündt**, Verlagsleiter; **Elisabeth Gräfin Nako**; **Kai A. Niemeyer**, Redakteur; **Ursula Noack**, Schauspielerin; **Hans Noever**, Schriftsteller; **Dr. Wilhelm Nowack**, Staatsminister a. D.; **Dr. Fritz Oellers**, Botschafter a. D.; **Dipl.-Ing. Herbert Ohl**, Rektor der Hochschule für Gestaltung, Ulm; **Hans Ohly**, Publizist; **Walter Ohm**, Regisseur; **Erich Ortenau**, Ethnologe; **Franz Graf Otting**, Schriftsteller; **Hans-Heinrich Palitzsch**, Bühnenbildner; **Johann Parneckel**, Personalrat; **Gerson Peck**, Stadtrat; **Karsten Peters**, Redakteur; **Friedrich-Carl Ponn**, Journalist; **Richard von Raffay**, Werbeberater, D. E. Ralle, Rechtsanwalt; **Renate Rasp**, Schriftstellerin; **Toni Rehfish**; **Adelbert Reif**, Journalist; **Prof. Dr. H. Rheinfelder**; **Christian Richter**, stellvertr. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten; **Dr. Franz Rieger**, Direktor der Münchner Volkshochschule; **Christian Rischert**, Filmproduzent; **Hannes Rosenau**, Kunstmaler; **Dr. Erika Runge**, Regisseurin; **Prof. Dr. Karl Saller**; **Christine Saurer**, Personalrätin; **Dr. Carl Schaedler**, Wirtschaftsberater; **Rolf Seeliger**, Journalist; **Prof. Walter Seitz**, Direktor der med. Poliklinik München; **Haro Senft**, Filmproduzent; **Xaver Senft**, stellvertr. Landesvorsitzender des DGB; **Dr. Ullrich Sonnemann**, Schriftsteller; **Will Spindler**, Schauspieler; **Dr. Gerhard Szczesny**, Verleger; **Johannes Schenk**, Schriftsteller; **Fred Schmid**, Diplom-Kaufmann; **Joachim Schmolcke**, Studienrat; **Dr. Fritz Schmoller-Haldy**, Rechtsanwalt; **Rudolf Schöfberger**, MdL, Landesvorsitzender der Bayerischen Jungsozialisten; **Dr. Erasmus Schöfer**, Schriftsteller; **Robert Scholl**, Oberbürgermeister i. R.; **Prof. Dr. Maria Schug-Kösters**; **Charlotte Gräfin von der Schulenburg**; **Werner Schweinsberg**, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier, Landesbezirk Bayern; **Gräfin Marion Schwerin**; **Lilo Seibel**, MdL; **Lotte Spinner**, Krankengymnastikerin; **Karl Stankiewicz**, Journalist; **Prof. Dr. Max Steff**, Staatsbibliothekar i. R.; **Dr. Otto Strasser**, Schriftsteller; **Fritz Strassner**, Schauspieler; **Paula Stuck von Reznicek**; **Diethilde Stücklen**, Studienrätin; **Hannes Stütz**, Schriftsteller; **W. Fürst Swiatopolsk-Mirsky**, Kunsthändler; **Wolfgang Tepper**, Oberbürgermeister der Stadt Augsburg; **Dr. Helmut Theisen**, Unternehmer; **Alexander Tipl**, DGB-Landesbildungssekretär; **Mary Tucholsky**; **H. Ulbrich**, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten, Bayern; **Guntram Vesper**, Schriftsteller; **Dr. Paul-Gerhard Völker**, Assistent der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; **Manfred Vosz**, Graphiker; **Ursula Voß**, Schauspielerin; **Dietrich Wabner**, Assistent der TH München; **Hans Jürgen und Ingeborg Weber**, Journalisten; **Georg Weich**, MdL; **Christine Weiler**, Personalrätin; **Dr. Emmerich Weinberg**, Arzt; **Willi Weismann**, Verleger; **Baronin von Werthern**; **Jochen Willke**, Journalist; **Rudolf Zankl**, MdL; **Hans J. Ziersch**, Architekt; **Friedrich Zietsch**, Staatsminister a. D.; **Dr. Ludwig Zollitsch**, Gymn.-Prof. a. D.; **Gerhard Zwerenz**, Schriftsteller. **Helmut Pfltzner** Architekt.

#### Überregionale Organisationen und Persönlichkeiten:

**Deutsche Jungdemokraten** — Landesverband Baden-Württemberg; **Bundesvorstand der Humanistischen Studenten-Union**; **Bundesvorstand der Humanistischen Union**; **Bundesvorstand der Internationale der Kriegsdienstgegner**; **Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer**; **Deutsche Liga für Menschenrechte**; **Gesellschaft d. Freunde Israels e.V.**; **Katholisches Judaeologisches Institut**; **Liberale Studentenbund Deutschlands**; **Dr. Fritz Bauer**, Generalstaatsanwalt; **Georg Benz**, geschäftsführendes Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall; **Prof. Dr. Max Born**, Nobelpreisträger; **Fritz Busse**, Landgerichtsrat; **Irma Dehler**; **Prof. Dr. Thomas Ellwein**; **Annemarie Fabian**, Diplom-Politologin; **Prof. Dr. Walter Fabian**, Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“; **Prof. Dr. Iring Fetscher**; **Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim**; **Dr. Adolf Freudenberg**, Pfarrer; **Wilhelm Gefeller**, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik und Präsident der Internationalen Föderation von Industriegewerkschaften und Fabrikarbeiter-Verbänden; **Karl Gerold**, Chefredakteur und Herausgeber der „Frankfurter Rundschau“; **Prof. D. H. Gollwitzer**; **Max von der Grün**, Schriftsteller; **Dr. Hildegard Hamm-Brücher**, Staatssekretärin; **Martin Held**, Schauspieler; **Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn**; **Prof. Dr. Werner Hofmann**; **Prof. Dr. Ulrich Klug**; **Dr. Dr.-Ing. E. h. Fritz Koenecke**, Generaldirektor i. R.; **Prof. Eugen Kogon**; **Albert Lämmel**, Arbeitskreis „Neutrales Deutschland“; **Dr. Helmut Lindemann**, Publizist; **Prof. Heinz Maus**; **Manfred Menzel**, Leiter der Pressestelle des Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik; **Dr. Andreas Nägel**, Dozent am Goethe-Institut Göteborg (Schweden); **D. Martin Niemöller**, Kirchenpräsident i. R.; **Dr. F. J. Raddatz**, Cheflektor; **Hans Werner Richter**, Schriftsteller; **Prof. Dr. H. Ridder**; **Dr. Josef Rossaint**, Vizepräsident der FIR (Wien); **Karl Heinz Stauder (Thomas Regau)**, Schriftsteller; **Dr. Werner Thönnessen**, Leiter der Pressestelle des Hauptvorstandes der IG Metall; **Hans Günter Wallraff**; **Schriftsteller**; **Gerhard Weber**, Generalsekretär des CVJM und Vorsitzender des Landesjugendringes Hamburg; **Günther Weisenborn**, Schriftsteller; **Wolfgang Weyrauch**, Schriftsteller; **Dr. Rainer Zoll**, Mitarbeiter des Hauptvorstandes der IG Metall.

#### Internationale Organisationen:

**Fédération internationale des Droits de l'Homme (Internationale Liga für Menschenrechte)**, Paris; **Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)**, Wien

SPRINGERS WELT: PEINLICHE UNKENNTNIS

Nachdem die "Welt" vor gut einer Woche dargetan hat, daß sie "Nazismus" und "Narziß-  
mus" nicht auseinanderhalten kann (Professor Habermas wurde zweimal "falsch zitiert" -  
siehe EXTRA-Dienst 46/II), bewies Springers Intelligenzblatt jetzt, daß in ihrer Redak-  
tion offenbar wichtige Lenin-Texte, selbst wenn sie seitenweise dargeboten werden, nicht  
bekannt sind. Die von EXTRA-Dienst in Nummer 46/II zitierten Auszüge aus Lenins "Lin-  
kem Radikalismus" (die nur durch einige Worte verändert wurden), erkannten Springers  
Redakteure (trotz eines Quellenhinweises am Ende des Zitats) nicht als Lenin-Zitat, son-  
dern orteten sie als EXTRA-Dienst-Leitartikel (siehe "Die Welt", 13. Juni 1968).

WITZ DER WOCHE

Ein Wahlplakat der rechtsorientierten UAG dürfte nicht unwesentlich zur Niederlage die-  
ser Gruppe bei den Studentenvertretungs-Wahlen an der Westberliner TU beigetragen ha-  
ben. Die UAG hatte ein Plakat mit dem Slogan "Wählen Sie UAG" - bewußt oder unbe-  
wußt - so gestaltet wie die Werbung für die Springer-Zeitschrift "Jasmin": Der Slogan  
in Pyramidenform, immer breiter und größer werdend. Die Links-Studenten setzten die  
UAG-Werbung und die Jasmin-Werbung kommentarlos nebeneinander und verteilten sie  
als Flugblatt. Der Erfolg war frappierend - das Synonym signifikant.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

WEGEN TERMINSCHWIERIGKEITEN muß die Veranstaltung mit dem SPD-Stadtrat Harry  
Ristock, die für Mittwoch, 19. Juni, 20 Uhr vorgesehen war, ausfallen. Sie wird auf ei-  
nen späteren Zeitpunkt verschoben.

DONNERSTAG, 20. Juni, 20 Uhr, spricht im Rahmen der Veranstaltungen des Arbeits-  
kreises "Bürokratie und Rätssystem" Horst Volgmann über "Das Wiederaufleben des Räte-  
gedankens nach dem zweiten Weltkrieg: Am Beispiel Jugoslawien".

FREITAG, 21. Juni, 20 Uhr, wird die am letzten Freitag ausgefallene Diskussion mit  
Solveig Ehrler über die Strategie der Außerparlamentarischen Opposition im Verhältnis  
zur SPD nachgeholt.

===== anzeige =====

AKTUELLER DENN JE ist die Forderung nach einer Änderung der Westberliner Politik.  
In einem Meinungsknopf ist sie zusammengefaßt:

ZUR SACHE SCHÜTZCHEN - NIMM DEIN MÜTZCHEN

Beim EXTRA-Dienst ist die Plakette zum Preis von DM 0.75 zu haben (Bestellungen ab  
5 Stück).

EXTRA-Dienst GmbH 1 Berlin 15 Wielandstraße 27 Telefon 883 40 74

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, minde -  
stens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00,  
(Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst  
ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach  
Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch späte-  
stens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungs-  
gesellschaft mbH. bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712  
(Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .

WOHNORT: ( ) . . . . .

STRASSE: . . . . .

DATUM: . . . . .      UNTERSCHRIFT: . . . . .